

27.10.2011, Rede von MdB Roderich Kiesewetter (CDU/CSU) zu TOP 15:

Beratung des Antrags der SPD Fraktion „**Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) weiterentwickeln und mitgestalten**“ (Drucksache 17/7360)

Herr Präsident!

Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Bevor ich auf Einzelheiten des hier zu beratenden Antrags eingehe, möchte ich die doch sehr düstere Betrachtungsweise hervorheben, die Sie als Perspektive für Ihren Antrag gewählt haben. Diese Betrachtungsweise der Dinge teile ich grundsätzlich nicht, auch wenn derzeit die finanz- und währungspolitischen Diskussionen und die Rettung des € die europapolitische Debatte insgesamt prägen und die GSVP deshalb in der öffentlichen Wahrnehmung in den Hintergrund rücken lassen.

Zu den Einzelheiten Ihres Antrags:

Der Lissabonner Vertrag hat in der Tat wichtige Fortschritte im Bereich der GASP gebracht, u.a. die durch Sie erwähnte Solidaritätsklausel. Ich glaube allerdings, daß Sie in Ihrer Gleichsetzung dieser Klausel mit dem Art. 5 des Nordatlantischen Vertrags zu weit gehen. Meine Damen und Herren von der SPD – Sie sprechen es selbst an: Aufgrund der unterschiedlichen strategischen Interessen der europäischen Staaten hat eine wesentliche Anzahl unserer Partnerstaaten ganz bewusst einen abgestuften Verpflichtungscharakter gewählt. Es geht diesen Staaten also eben nicht um eine qualitativ gleichwertige Verpflichtung zum Art. 5 der NATO. Insofern rate ich Ihnen, eine sorgfältige Auswertung der ersten Erfahrungen auf Grundlage des Lissabonner Vertrags abzuwarten.

Eine wesentliche strukturelle Innovation im Feld der GASP wird bei Ihnen kaum erwähnt: Die Gründung des Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD), der die Kohärenz des außenpolitischen Handelns der Europäischen Union stärken soll. Hierzu wird nach der ersten Phase seiner Existenz im Dezember 2011 ein Evaluierungsbericht veröffentlicht, der Empfehlungen zur Weiterentwicklung seiner Strukturen beinhalten wird. Diese Empfehlungen werden sich v.a. auf die Führungsstruktur des EAD beziehen und damit dessen Fähigkeit politischer Priorisierung stärken. Auch die Gründungsgeschichte des EAD macht deutlich, wie komplex die Interaktionen der europäischen Staaten untereinander sind, wenn es um außen- und sicherheitspolitische Zusammenhänge geht.

Was verbindet diese verschiedenen Aspekte? Meine Damen und Herren, wir sind in einer wichtigen Umbruchphase Europas, in der jahrzehntealte Gewissheiten, Grundausrichtungen und Politiken auf dem Prüfstand stehen. Vor diesem Hintergrund ist es umso wichtiger, neue gemeinsame Initiativen zu entwickeln, um darüber sowohl der GASP als auch der GSVP neue Impulse zu geben. Der Schlüssel dazu sind Glaubwürdigkeit und Vertrauen der europäischen Partner untereinander – und nur so strahlt Deutschland die für diese politischen Initiativen nötige Verlässlichkeit aus. Dieser Dreiklang aus Glaubwürdigkeit,

Vertrauen und Verlässlichkeit kennzeichnet aber unser Land in den Augen unserer Partner bis heute. Und ich füge klar hinzu: Das ist nicht nur das Verdienst der derzeitigen Bundesregierung, sondern auch das ihrer Vorgängerinnen. Insofern aber ist ihr Vorwurf, diese Bundesregierung aus CDU/CSU und FDP würde die GSVP schleifen lassen, absurd.

Ein konkretes Beispiel: Deutschland gehört zu den europäischen Nationen, die beim Thema „Pooling und Sharing“ zu den Vorreitern zählen. Das Beispiel des Europäischen Lufttransportkommandos führen Sie in Ihrem Antrag ja auch selbst an. Künftig wird es darum gehen, im Rahmen der „Gent-Initiative“ von der Konzeptphase in die praktische Umsetzung zu gehen. Die Prüfarbeiten zu ca. 100 Initiativen laufen derzeit – auch hier ist die Bundesregierung dabei, konkrete Fortschritte zu erarbeiten. Jedenfalls kommt es nicht nur auf die großen Leuchtturmprojekte an, auf die Sie abheben: Jahrzehnte der europäischen Rüstungskoooperation haben gezeigt, wie schwierig gerade solche Großprojekte in der Umsetzung sind. Insofern muß als Motto gelten: Konkrete Fortschritte in 10 Initiativen sind sinnvoller, als ein Steckenbleiben in 100 Initiativen.

Die unterschiedlichen Interessenkonstellationen der europäischen Staaten drücken sich in einer Reihe von konkreten Einzelproblemen aus. Ich nenne hier nur die Rolle der Türkei und Griechenlands im Zypernkonflikt. Diese Probleme lassen sich aber eben nicht mit spektakulären Vorstößen lösen, wie Sie sie von der Bundesregierung fordern, sondern diese verlangen nach einem langen Atem. Sie erlauben mir die Ergänzung: Das dürften Sie aus Ihrer eigenen Regierungszeit auch noch kennen. Entscheidend wird hierbei sein, wie wir die Türkei näher an die GASP heranführen können. Hier sehe ich für das von Ihnen auch angesprochene „Weimarer Dreieck“ eine wichtige Rolle.

Aber auch das derzeitige enge bilaterale Vorgehen Frankreichs und Großbritanniens ist eines der politischen Themen, die für die Zukunft der GSVP von entscheidender Bedeutung sein werden. Deutschland hat sich zu einer zurückhaltenden außen- und sicherheitspolitischen Kultur entschlossen – das sollten Sie in diesem Kontext beachten. Insofern würde ich auch hier um Fortschritte im Konkreten werben: Warum sollte Deutschland (auch vor dem Hintergrund der Finanzkrise) die „Initiative von Gent“ nicht noch stärker nutzen, um über gemeinsame Fähigkeitsentwicklung auch gemeinsame Streitkräftestrukturen mit ausgewählten Partner anzugehen? Diese Rolle als Anlehnungspartner für kleinere europäische Nationen könnte eine sinnvolle Ergänzung zum französisch-britischen Vorgehen darstellen, wenn beide Dimensionen miteinander verbunden bzw. aufeinander orientiert werden.

Hier ist auch die Rückkoppelung zur Entwicklung einer außen- und sicherheitspolitischen Strategie Deutschlands deutlich. Wie bereits im Juni d.J. angesprochen, müssen die neuen Verteidigungspolitischen Richtlinien (2011), das Weißbuch (2006) und der gegenwärtige Aktionsplan zivile Krisenprävention als Grundlage dienen. Jedenfalls greift Ihre Kritik an den VPR zu kurz, da deren Zielsetzung in der Ausrichtung nicht die Überarbeitung der Europäischen Sicherheitsstrategie von 2003 gewesen ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, die in Ihrem Antrag ausgedrückte Sorge um die Zukunft der GSVP eint uns. Allerdings ist derzeit nicht die Zeit alarmistischer Vorgehensweisen, sondern der verlässlichen Entwicklung konkreter Initiativen.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!